



**SPD-Info-2009-04**

**31.07.2009**

Liebe Freundinnen und Freunde der SPD, liebe Interessenten an der Kommunalpolitik,

wieder liegt eine ereignisreiche Stadtratssitzung hinter uns. Und wieder wurde den Stadträtinnen und Stadträten viel abverlangt. Erneut dauerte die Sitzung fast 6 Stunden. Für die Mitglieder des Sportausschusses kam sogar noch eine Stunde dazu.

### **1. Ratsbegehren für Karlsplatz**

Die Ausschreibung für die Bauarbeiten am Karlsplatz läuft derzeit und endet Mitte August. Deshalb wurde die OB gegen die Stimmen der CSU zur Vergabe der Bauleistungen ermächtigt. In der Zwischenzeit hat das von der CSU betriebene Bürgerbegehren die erforderlichen Unterschriften bei der Stadt eingereicht. Die Verwaltung muss zunächst die Unterschriften prüfen. Anschließend muss der Stadtrat über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens entscheiden. Eine Vergabe der Bauleistungen darf derzeit nicht erfolgen. Auf die Stadt könnten Schadensersatzforderungen der an der Ausschreibung beteiligten Firmen zukommen. Auch die mit dem Staatlichen Bauamt abgestimmten Baupläne und die damit verbundenen Synergieeffekte sind gefährdet. Wäre das Bürgerbegehren erfolgreich, so müsste die Stadt zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit am Karlsplatz umfangreiche provisorische Instandhaltungen vornehmen oder Teile des Karlsplatzes sperren. Aus diesen Gründen haben wir uns entschieden, ein Ratsbegehren zu beantragen.

Wir sind davon überzeugt, dass bei einem Bürgerbegehren eine Mehrheit der Ansbacher Bevölkerung für die notwendige Sanierung des Karlsplatzes stimmen wird.

### **2. CSU wirft den anderen Fraktionen mangelnden Sparwillen vor**

Bereits in der letzten Stadtratssitzung wurden die Eckpunkte für den nun gegen die Stimmen der OB und der CSU verabschiedeten Nachtragshaushalt 2009 abgestimmt. Aufgrund unserer hartnäckigen Sparbemühungen konnten wir noch 650 T€ einsparen (vgl. SPD-Info 2009-03 vom 08.07.2009). Der Fraktionsvorsitzende der CSU Schaudig versäumte nicht zu betonen, dass die CSU die einzige Fraktion gewesen sei, die Sparvorschläge gemacht habe. Als Bürgermeister Deffner die anderen Fraktionen beschuldigte, sie hätten keinerlei Sparwillen gezeigt, erntete er heftige Buhrufe. Es ist schon erstaunlich, wie manche die Realitäten verzerren.

### **3. Stadtrat folgt einstimmig SPD-Vorschlag, 100 Prozent Ökostrom ohne wenn und aber zu beziehen.**

In der letzten Stadtratssitzung hatte der zweite Bürgermeister Hüttinger völlig überraschend gefordert, dass sieben Prozent des Auftragsvolumens in Neuanlagen zur Förderung regenerativer Energien investiert werden sollten. Dies würde zu einer erheblichen Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses führen und somit den Zielen der Bundesregierung entsprechen. Er verschwieg, dass es sich bei den ihm vorliegenden Unterlagen für das sog. GEMIS-Verfahren um Unterlagen aus dem Jahre 2002 handelte. Zunächst hat er mit unserer Hilfe hierfür eine Mehrheit erhalten.

Nachdem sich das Verfahren als viel zu kompliziert und auch teuer herausstellte, beantragten wir, die Vollziehung des Beschlusses auszusetzen. Die Errichtung von Neuanlagen wird bereits durch die Einspeisevergütung gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert. Nach Auffassung von Experten ist es sinnvoller direkt vor Ort in den Klimaschutz zu investieren. Durch die Rahmenvereinbarung der Kommunalen Spitzenverbände mit EON Bayern ist 100 Prozent Ökostrom nur max. 0,3 Cent pro kWh bzw. 20 T€ teurer als der übliche Strommix, der zu einem Großteil aus Atomstrom gespeist wird. Diese Rahmenvereinbarung dient als oberste Grenze bei der Ausschreibung. Dennoch beharrte die CSU bis zuletzt auf einer „Kostenbremse“ und wollte alternativ einen Strom-Mix mit Atomstrom ausschreiben. Schließlich wurde aber unser Vorschlag für 100 Prozent Ökostrom einstimmig angenommen. Somit sind alle Fraktionen von ihrer ursprünglichen Meinung abgewichen.

### **4. Anbindung des Urlas-Geländes an die Bundesstraße 14**

Der Stadtrat hat in seiner jüngsten Sitzung unter erheblichen Bedenken der vorgelegten Planung des Staatlichen Bauamts zugestimmt. Die Zustimmung ist an die Erfüllung einer ganzen Reihe von Bedingungen geknüpft. So darf die Anbindung des Urlas-Geländes nicht zu einer Verschlechterung der Erreichbarkeit von Obereichenbach führen. Der Fuß- und Radverkehr muss deutlich verbessert werden. Die Situation vor der Windmühle ist gesondert zu untersuchen. Insbesondere darf hier kein Schleichverkehr von der US-Siedlung durchführen. Die vollständige Übernahme der Kosten muss sichergestellt werden. Viele „Aber“ sind auch ein Nein. Wir werden sehen, wie sich das staatliche Bauamt zu den Änderungswünschen stellt.

### **5. Planungen für das Hürner- und Hofbräu-Gelände wurden vorgestellt.**

Nachdem Herr Büschl bereits den Bauausschuss umfassend über die Planungen informiert hatte, wurde nun auch der Stadtrat informiert. Positiv ist, dass endlich für beide Gelände eine konkrete Planung vorliegt. Am Hofbräu-Gelände besteht die Chance, dass das historische Sudhaus dem Stadtbild erhalten bleibt. Hier soll ein Lebensmittelmarkt EDEKA kommen. Am Hürner-Gelände soll ebenfalls ein Lebensmittelmarkt und ein Fachmarkt entstehen. Außerdem sind ein Hotel und eine Disco geplant. Da dieser Bereich nur einen Lebensmittelmarkt verträgt, schließen sich die beiden Vorhaben gegenseitig aus. Der Stadtrat muss nach der Sommerpause eine Entscheidung treffen.

## **6. Städtische Wirtschaftsschule bekommt eigenen Schulleiter**

Heftig umstritten war die Frage, ob die Wirtschaftsschule einen eigenen Schulleiter erhalten soll oder ob die Schule im Rahmen einer Nebentätigkeit weiter von Herrn Saal geleitet werden soll. CSU und die OB argumentierten, was sich bewährt hat, sollte nicht verändert werden. Wir setzten uns für zwei Schulleiter ein. Von Anfang an war die gemeinsame Schulleitung nur als Provisorium gedacht. Die Hoffnung bestand, dass die Städtische Wirtschaftsschule verstaatlicht werden könnte. Diese Hoffnung hat sich nun in einem Schreiben an die OB verflüchtigt. Darin hieß es, dass ca. 100 Anträge auf Verstaatlichung vorlägen und dass der Freistaat derzeit keine Haushaltsmittel für die Übernahme der Schulen habe. Die Verdienste von Herrn Saal stehen außer Frage. Allerdings kommen in den nächsten 4 Jahren mit der Generalsanierung und damit verbundenen Auslagerungen an die Weinbergschule erhebliche Zusatzaufgaben auf die Schulleitung, die Lehrkräfte und die Schüler zu. Die Mehrkosten mit ca. 23 T€ sind für uns eine Investition in die Bildung. Mit großer Mehrheit wurde der von uns formulierte Antrag angenommen.

## **7. Personelle Begleitung des Klimaschutzkonzeptes**

Die Klimaschutzkonferenz hat gezeigt, dass trotz intensiver Bemühungen in der Vergangenheit noch ein erhebliches Einsparpotential an Energie in Ansbach vorhanden ist. Um die zahlreichen Maßnahmen auszuwerten, zu bündeln und umzusetzen, benötigt das Umweltamt eine zusätzliche Kraft. Deshalb wird im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes zusätzliches Personal für drei Jahre mit bis zu 70 T€ jährlich gefördert. Auf die Stadt kommen Mehrkosten in Höhe von 13 T€ jährlich hinzu. Nach drei Jahren ist neu zu entscheiden. Für uns ist dies eine sinnvolle Investition in den Klimaschutz.

## **8. Stadt übernimmt 40 T€ für Vorentwurfsplanung zum Ausbau Bahnhof**

Die Deutsche Bahn hat Bereitschaft signalisiert, über einen ICE-Halt in Ansbach nachzudenken. Bedingung ist die Übernahme der Kosten für die Vorentwurfsplanung durch die Stadt und den Landkreis in Höhe von 80 T€. Sollten die Kosten nicht übernommen werden, so verlautete aus CSU-Kreisen, sei das Projekt gestorben. Auf unsere Forderung, unabhängig vom Ausbau des Ansbacher Bahnhofs bereits mit dem nächsten Fahrplanwechsel ICE-Züge in Ansbach halten zu lassen, ging die Deutsche Bahn nicht ein. Praxistests hatten gezeigt, dass ICE-Züge bereits jetzt in Ansbach problemlos halten könnten. Auch das Bundeseisenbahnamt erhob keine Einwendungen gegen sofortige ICE-Halte in Ansbach.

Mit solidarischen Grüßen  
Martin Porzner  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender